

Inhaltsübersicht

Teil I: Sicherheit und Freiheit im „Ausnahmезustand“	27
Weimarer Rückblick: „Hüter der Verfassung“ – Carl Schmitt und die Kontroverse um die „Diktaturgewalt“ des Reichspräsidenten	29
„Schönwetterdemokratie“? Der Grundrechte-Shutdown im Corona-Notstand als Lackmustest des Grundgesetzes	51
Bundesnotbremse – das Bundesverfassungsgericht bleibt „etatistisch“: Neue Grundrechte, weniger Freiheit und eine „Kontrollinszenierung“?	59
Teil II: Sicherheit und offene Gesellschaft	79
Der Brokdorf-Beschluss (1985) und die andere Demokratietheorie des Bundesverfassungsgerichts	81
Community policing in Deutschland: Der Bürger zwischen Partizipation, Gemeinschaft und Instrumentalisierung	95
Demokratie und Polizei	113
Strafrecht und Gesellschaft: Kirchheimers Kritische Kriminologie	123
Teil III: Neue Sicherheit und „Freund-Feind-Recht“	129
Die neue Sicherheit des erweiterten Sicherheitsbegriffs	131
Bundeskriminalamt, Bundespolizei und „neue“ Sicherheit	135
„Freund-Feind-Recht“ und „Doppelstaat“? Anmerkungen zur Kontroverse um die Thesen des Strafrechtlers Günther Jakobs	151
Sicherheitsstaat – „Bürgeropfer“ – Grundrecht auf Sicherheit	159
Die dunkle Seite des Rechtsstaats: Otto Kirchheimers „Politische Justiz“ zwischen Freund-Feind, Klassenjustiz und Zivilisierung	163

Teil IV: Sicherheit, Zuwanderung und Demokratie	191
Nicht „Integration“, sondern Partizipation: Das Ausländerwahlrecht als Menschenrecht einer liberalen Theorie des Staatsvolks	193
Polizei und Fremde – zu einem (ver)störenden Thema	203
Das Kopftuch im Polizeidienst und die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	213
„Migrationskrise als föderales Verfassungsproblem“? Wo Gutachter Di Fabio recht haben könnte – und wo nicht	229
Staatliche, quasi-staatliche und nichtstaatliche Verfolgung?	239
Teil V: Rechtsextremismus und Terrorismus	255
Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Integration	257
Rechtsterrorismus des NSU und Etatismus als „blinder Fleck“ des Staatsschutzes	265
Sicherheitskultur und Behördenversagen: Die Empfehlungen des NSU-Ausschusses des Bundestags für eine „Kulturrevolution“ bei Verfassungsschutz und Polizei	269
Moderner Terrorismus und politische Religion: Zur Rezeption westlicher Ideologien im „Islamismus“	281
Rechtsextremismus bei der Polizei: Placebos, Vogel-Strauß-Politik und eine böse Dunkelfeld-Vorahnung	293
Teil VI: Wehrhafte Demokratie und Parteiverbote	305
Karl Loewenstein (1891-1973): Begründer der „wehrhaften Demokratie“ und demokratischer Verfassungspolitologie	307
Die Parteiverbotsverfahren gegen SRP und KPD: Konsolidierung und „Sündenfall“ des Bundesverfassungsgerichts in der Frühphase der Bonner Republik	317
„Vereinsverbote“ gegen „Scheinparteien“	329
Kein zweites Verbotsverfahren gegen die NPD – Streichung der staatlichen Parteienfinanzierung als „flexible Response“	339

Rechtspolitik durch verfassungsgerichtliche Maßstabsverschiebung: Die „neue“ Definition der fdGO im NPD II-Urteil	345
Teil VII: Europäisierung der Sicherheit	353
Europäisierung von Grenzpolitik und Terrorismusbekämpfung	355
Europol und Frontex – Supranationalisierung des Politikfelds?	363
(K)ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts?	367
Europäischer Staaten- und Verfassungsverbund?	381
Teil VIII: Bundeswehreinsatz „out-of-area“ – und in polizeilichen Lagen	391
Die neue Welt des Krieges und das Recht: Out of Area-Einsätze der Bundeswehr im verfassungsfreien Raum	393
Krieg, Frieden und außenpolitische Parlamentskompetenz	415
Das Bundesverfassungsgericht im Politikfeld Innere Sicherheit	435
„Kalte“ Verfassungsänderung – die Plenarentscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Luftsicherheit	443
Die EU – (k)ein System kollektiver Sicherheit? Das Bundesverfassungsgericht und die Problematik des „unilateralen“ Anti-IS-Einsatzes (Syrien/Irak)	451
Verfassungswandel oder Verfassungsbruch?	465
Teil IX: Internationalisierung der Strafgerichtsbarkeit	471
Politische Bedingungen einer effektiven internationalen Strafgerichtsbarkeit	473
„Politische Justiz"? Die Kritik afrikanischer Staaten am IstGH und die „Nichtanwendung" des deutschen Völkerstrafgesetzbuchs	485
Erneute US-Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof?	497

Inhaltsverzeichnis

Teil I: Sicherheit und Freiheit im „Ausnahmestand“	27
Weimarer Rückblick: „Hüter der Verfassung“ – Carl Schmitt und die Kontroverse um die „Diktaturgewalt“ des Reichspräsidenten	29
1. Die Weimarer Präsidialmacht – Fehlkonstruktion?	30
2. Die Entgrenzung des Art. 48 durch die Staatspraxis	32
3. Die Entgrenzung des Art. 48 durch Schmitts Theorie der „präsidialen Diktatur“	33
4. Die staatsrechtliche Kontroverse um den „Hüter“ der Verfassung (Kelsen / Schmitt)	35
5. Die Tradition des preußischen Etatismus	36
6. Kelsens „Hüter“ der pluralistischen Demokratie	37
7. Schmitts präsidialer „Hüter“ der politischen Einheit und Kelsens Replik	40
8. Der Staatsgerichtshof – kein „Hüter“: Schmitts und Kelsens Kritik am „Preußenschlag-Urteil“	44
„Schönwetterdemokratie“? Der Grundrechte-Shutdown im Corona-Notstand als Lackmustest des Grundgesetzes	51
Bundesnotbremse – das Bundesverfassungsgericht bleibt „etatistisch“: Neue Grundrechte, weniger Freiheit und eine „Kontrollinszenierung“?	59
1. Die Erfüllung grundrechtlicher Schutzpflichten als Rechtfertigung für die Bundesnotbremse: zu den Entscheidungen des BVerfG	59
2. Rechtspolitologische Einordnung der Entscheidungen	71

Teil II: Sicherheit und offene Gesellschaft	79
Der Brokdorf-Beschluss (1985) und die andere Demokratietheorie des Bundesverfassungsgerichts	81
Das Pluralismuskonzept des Ersten Senats (Kelsen und Popper / Hesse und Häberle) als Alternative zum Legitimationsketten-Modell (Schmitt und Böckenförde)	81
1. Die doppelte rechtspolitische Bedeutung: Versammlungsrecht und Demokratieprinzip	81
2. „Brokdorf“ als entgrenzte Demokratisierung „von oben“	84
3. Demokratie ist „pluralistisch“: Hesse / Häberle und der „neue“ Smend	85
4. Poppers „offene Gesellschaft“ und Kelsens pluralistische Demokratietheorie	89
5. Mit „Brokdorf“ zurück in die Zukunft	92
Community policing in Deutschland: Der Bürger zwischen Partizipation, Gemeinschaft und Instrumentalisierung	95
1. Landespolizei und „community policing“?	97
2. „Hilfspolizei“	98
3. Präventionsräte	104
4. Polizeibeiräte und der Sonderfall der Hamburger Polizei Kommission	107
5. Professionelle Polizei und demokratische Partizipation – die Trennung von Vollzug und Bürgerbeteiligung	110
Demokratie und Polizei	113
Europäisierte Sicherheit im Mehrebenensystem aus politikwissenschaftlicher Sicht	113
1. Das Politikfeld Innere Sicherheit	113
2. Innere Sicherheit als Gemeinschaftsaufgabe der Europäischen Union	115
3. Innere Sicherheit im Politischen System der Bundesrepublik	115

Strafrecht und Gesellschaft: Kirchheimers Kritische Kriminologie	123
Teil III: Neue Sicherheit und „Freund-Feind-Recht“	129
Die neue Sicherheit des erweiterten Sicherheitsbegriffs	131
1. Das Konzept erweiterter Sicherheit und die BAKS	131
2. Erweiterte Sicherheit nach 9/11	132
Bundeskriminalamt, Bundespolizei und „neue“ Sicherheit	135
1. Die Sonderpolizeien des Bundes	135
2. Neue Herausforderungen der „erweiterten“ Sicherheit	138
3. Steuerungsfunktion des Bundesministeriums des Innern	141
4. Personalentwicklung bei BKA und BPOL seit den 1990er Jahren	144
5. Entwicklungen bei BKA und BPOL seit 9/11	145
6. Ergebnis und Ausblick	149
„Freund-Feind-Recht“ und „Doppelstaat“? Anmerkungen zur Kontroverse um die Thesen des Strafrechtlers Günther Jakobs	151
Sicherheitsstaat – „Bürgeropfer“ – Grundrecht auf Sicherheit	159
Die dunkle Seite des Rechtsstaats: Otto Kirchheimers „Politische Justiz“ zwischen Freund-Feind, Klassenjustiz und Zivilisierung	163
1. Die Besonderheit der „Politischen Justiz“	163
2. Rechtspolitik? Der Mythos vom unpolitischen Recht und Richter in der Rechts- und Politikwissenschaft	165
3. Weimarer Spuren in Kirchheimers „Politischer Justiz“	169
Teil IV: Sicherheit, Zuwanderung und Demokratie	191
Nicht „Integration“, sondern Partizipation: Das Ausländerwahlrecht als Menschenrecht einer liberalen Theorie des Staatsvolks	193
1. Integration und Ausländerfeindlichkeit	193
2. Bürgerschaft statt Staatsvolk	195

3. Demokratie ist nicht nationale Gleichheit, sondern gleiche politische Freiheit	197
Polizei und Fremde – zu einem (ver)störenden Thema	203
1. Empfehlungen der NSU-Untersuchungsausschüsse	203
2. Racial Profiling?	204
3. Cop Culture	207
Das Kopftuch im Polizeidienst und die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	213
1. Die Kopftuch I-Entscheidung (2003)	215
2. Die Kopftuch II-Entscheidung (2015)	218
3. Die Kopftuch III-Entscheidung (2020)	221
4. Schlussfolgerung für die Polizei	226
„Migrationskrise als föderales Verfassungsproblem“? Wo Gutachter Di Fabio recht haben könnte – und wo nicht	229
1. Gesetzmäßigkeitsprinzip	231
2. „Bundestreue“?	234
3. Grenzkontrolle als Element „ewiger, souveräner Kern-Staatlichkeit“?	235
Staatliche, quasi-staatliche und nichtstaatliche Verfolgung?	239
Hegels und Hobbes' Begriff des Politischen in den Asylentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	239
1. Politische Verfolgung – nicht staatliche Verfolgung	239
2. Politische ist staatliche Verfolgung: Die „Tamilen-Entscheidung“	240
3. Rezeption der Staatstheologie von Hegel und Hobbes	243
4. Staat als „ursprüngliche Herrschermacht“ bei Jellinek	247
5. Quasi-staatliche Verfolgung? Der „Afghanistan-Kammerbeschluss“	250

Teil V: Rechtsextremismus und Terrorismus	255
Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Integration	257
Rechtsterrorismus des NSU und Etatismus als „blinder Fleck“ des Staatsschutzes	265
Sicherheitskultur und Behördenversagen: Die Empfehlungen des NSU-Ausschusses des Bundestags für eine „Kulturrevolution“ bei Verfassungsschutz und Polizei	269
1. Einsetzung und Untersuchungsauftrag	269
2. BKA-Papier und Aktenvernichtung „Operation-Rennsteig“	270
3. Einhelliges Ergebnis: Umfassendes Versagen der Sicherheitsbehörden	271
4. Versäumnisse politischer Kultur: Gleichgültigkeit seit den 1990er Jahren und Ausländerstereotype	272
5. Zentrale Empfehlung für den Verfassungsschutz: Neue Sicherheitskultur	274
6. Zentrale Empfehlung für die Polizei: Neue Sicherheitskultur	275
Moderner Terrorismus und politische Religion: Zur Rezeption westlicher Ideologien im „Islamismus“	281
1. Terrorismus, Totalitarismus und Moderne	282
2. Islamistischer Terrorismus und der Geist der Moderne	285
Rechtsextremismus bei der Polizei: Placebos, Vogel-Strauß-Politik und eine böse Dunkelfeld-Vorahnung	293
1. Einleitung	293
2. Aufgelöst: die „bahnbrechende“ Hamburger Polizeikommission (1998-2001)	294
3. Mehr Wissenschaft und Fehler-Kultur: die „NSU-Empfehlungen“ des Bundestags	296
4. Extremismus: juristisch weggezaubert und Thesen zum „Dunkelfeld“	297

5. Hartnäckig: „Cop Culture“ – neuere Studien zu „Polizei und Fremde“	300
6. Schlussfolgerung	302
Teil VI: Wehrhafte Demokratie und Parteiverbote	305
Karl Loewenstein (1891-1973): Begründer der „wehrhaften Demokratie“ und demokratischer Verfassungspolitologe	307
1. Verteidigung des Parlamentarismus und der Weimarer Verfassung	308
2. Kritik an der Entnazifizierung und an der Bonner Republik	311
3. Keine Rückkehr nach und Schulbildung in Deutschland	312
4. „Wehrhafte Demokratie“: von der Begründung zur Skepsis	313
Die Parteiverbotsverfahren gegen SRP und KPD: Konsolidierung und „Sündenfall“ des Bundesverfassungsgerichts in der Frühphase der Bonner Republik	317
1. Von SRP bis NPD II	317
2. SRP: Bonner Konsolidierung und „Weltanschauungsverbot“	319
3. KPD: „Verfassungswidriges“ Verfahren im „Kalten Bürgerkrieg“	324
„Vereinsverbote“ gegen „Scheinparteien“	329
1. „Wehrhafte Demokratie“	329
2. „Kaltes Parteiverbot“ und der Begriff der „Scheinpartei“	331
Kein zweites Verbotsverfahren gegen die NPD – Streichung der staatlichen Parteienfinanzierung als „flexible Response“	339
Rechtspolitik durch verfassungsgerichtliche Maßstabsverschiebung: Die „neue“ Definition der fdGO im NPD II-Urteil	345
Teil VII: Europäisierung der Sicherheit	353
Europäisierung von Grenzpolitik und Terrorismusbekämpfung	355

Europol und Frontex – Supranationalisierung des Politikfelds?	363
(K)ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts?	367
Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum EU-Haftbefehl	367
1. Hintergrund und Position des Beschwerdeführers	367
2. Position der Bundesregierung	370
3. Begründung des BVerfG	373
Europäischer Staaten- und Verfassungsverbund?	381
Staatstheoretischer Überschuss, richterliche Deutungsmacht und Pragmatismus in der EU-Haftbefehl II-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	381
1. Einleitung	381
2. Das Maastrichter „Entstaatlichungsverbot“ in der EU-Haftbefehl I-Entscheidung (2005)	382
3. Etatistischer Theorie-Überschuss in der EU-Haftbefehl II-Entscheidung (2015)	383
4. Eine pragmatische „Voßkuhle-Linie“ im Zweiten Senat?	385
5. Exkurs: Die verfassungspolitische „Deutungsmacht“ der Berichterstatter/innen	387
6. „Staats- und Verfassungsverbund“ als Kompromiss in der EU-Haftbefehl II-Entscheidung	388
Teil VIII: Bundeswehreinsatz „out-of-area“ – und in polizeilichen Lagen	391
Die neue Welt des Krieges und das Recht: Out of Area-Einsätze der Bundeswehr im verfassungsfreien Raum	393
1. Krieg und Frieden	393
2. „Humanitäre Intervention“ und „Out of Area-Urteil“	397
3. „Not kennt kein Gebot“?	402
4. Einsatz der Bundeswehr gegen den internationalen Terrorismus?	407

5. Zusammenfassende Bewertung	411
Krieg, Frieden und außenpolitische Parlamentskompetenz	415
John Locke's „föderative Gewalt“ im Staatsverständnis des Bundesverfassungsgerichts	415
1. Rückblick: die politische Grundentscheidung – der „Parlamentsvorbehalt“ (1994) und die Entscheidung zum NATO-Doppelbeschluss (1984)	417
2. Tirana-Einsatz (1997) und Kosovo-Konflikt (1999)	422
3. Die Entscheidung zum NATO-Strategiekonzept (2001)	424
4. Entscheidung zum Tornado-Einsatz Afghanistan (2007)	430
5. Entscheidung zum AWACS-Einsatz Türkei (2008)	431
Das Bundesverfassungsgericht im Politikfeld Innere Sicherheit	435
1. Grundpositionen in der aktuellen Sicherheitsdebatte	435
2. Von „Schleyer“ zu „Luftsicherheit“	438
„Kalte“ Verfassungsänderung – die Plenarentscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Luftsicherheit	443
1. Streit zwischen den Senaten	444
2. Die Plenarentscheidung	446
Die EU – (k)ein System kollektiver Sicherheit? Das Bundesverfassungsgericht und die Problematik des „unilateralen“ Anti-IS-Einsatzes (Syrien/Irak)	451
1. Kontinuitäten in der Rechtsprechung zur Außen-, Sicherheits- und Europapolitik	451
2. Die Problematik des Anti-IS-Einsatzes	453
3. Die Entscheidung zur unilateralen Rettungsoperation „Pegasus“	455
4. Argumente der Fraktion Die Linke	458
5. Lissabon-Entscheidung: die EU – kein System kollektiver Sicherheit	459

6. Anti-IS-Einsatz-Entscheidung: die EU – doch ein System kollektiver Sicherheit	461
Verfassungswandel oder Verfassungsbruch?	465
Das Bundesverfassungsgericht und die Auslandseinsätze der Bundeswehr	465
Teil IX: Internationalisierung der Strafgerichtsbarkeit	471
Politische Bedingungen einer effektiven internationalen Strafgerichtsbarkeit	473
1. Interalliierte Gerichte	473
2. Ad-hoc-Tribunale der UN	474
3. Internationalisierte („gemischte“) Gerichte	476
4. Internationaler Strafgerichtshof, UN-Sicherheitsrat und die USA	478
5. Paradigmenwechsel von Völkerrecht und staatlicher Souveränität	481
6. Schlussfolgerung	483
„Politische Justiz“? Die Kritik afrikanischer Staaten am IstGH und die „Nichtanwendung“ des deutschen Völkerstrafgesetzbuchs	485
1. Jede Justiz ist „politisch“ – Formen politischer Justiz	485
2. „Idealismus“ vs. „Realismus“	488
3. Die Kritik afrikanischer Staaten	489
4. Der IstGH ist genauso politisch wie „Nürnberg“ oder „Ruanda“	490
5. Die „Nichtanwendung“ des VStGB	491
6. Der Mythos von der deutschen „Völkerrechtsfreundlichkeit“	493
7. Die „defensive“ Strategie der Bundesanwaltschaft	494
8. Reform: „Entpolitisierung“ der Justiz durch offene „Politisierung“	495
Erneute US-Sanktionen gegen den Internationalen Strafgerichtshof ?	497

(Völker-)Rechtspolitische Kontinuitäten von Bush II zu Trump	497
1. Sanktionen gegen den IStGH	497
2. Rückblick: Die USA und der IStGH	498
3. Innenpolitische Gründe	500